

Das Luxemburger Bürgertum und seine Festungen

Über Analogien zwischen 1867 und 2014

Der einzige Punkt, in dem sich Historiker einig sind: Geschichte wiederholt sich nicht. Weder dient sie als Projektionsfläche noch Bedienungsanleitung für zukünftiges Handeln. Aus diesem Grund sind sogenannte diachrone Vergleiche, das Gegenüberstellen von unterschiedlichen Epochen, in der Geschichtswissenschaft verpönt. Wir wollen es trotzdem versuchen.

Seit dem 5. November 2014 fühlt sich Luxemburg wegen seines Finanzplatzes erneut belagert. Zumindest die Politik als Sprachrohr des wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Status Quo ist darum bemüht, die Debatte über den Finanzplatz zur nationalen Frage zu stilisieren. Nichts Geringeres als „die Existenz Luxemburgs als eigenständiger Staat“ würde auf dem Spiel stehen, behauptete Alex Bodry, der Fraktionschef der LSAP, bei RTL. Finanzminister Pierre Gramegna sprach gar von einer „Attacke gegen unser Land, wie es noch nie eine in unserer Geschichte gab“. Und die Oppositionspartei CSV? Beteuert ihre Rückendeckung und bekennt sich zum „nationalen Schulterchluss“.

Bei einer derart dramatischen Rhetorik möchte man meinen, die politische Elite sei gewillt, das Merkel-sche Axiom „fällt der Euro, fällt Europa“ umzudeuten in „fällt der Finanzplatz, fällt Luxemburg“. Aus LuxLeaks wird eine Luxemburger Frage – ähnlich wie sie 150 Jahre zuvor gestellt wurde. Zu dieser Zeit rückte Luxemburg mitsamt seiner Bundesfestung als Zankapfel zwischen die Interessen der europäischen Großmächte. Seit Ende des preußisch-österreichischen Kriegs von 1866 war die politische Zukunft des Großherzogtums ungewiss. Napoleon III. forderte als Gegenleistung für seine Neutralität im innerdeutschen Konflikt die Annexion Luxemburgs. Otto von Bismarck hatte an diesem Deal zu Beginn nichts auszusetzen („Luxemburg hat für uns keinen Wert“),

sodass Napoleon III. und der damalige König-Großherzog Wilhelm III. sich auf ein Kaufgeschäft von 5 Millionen Gulden einigten. *Done Deal!* Als jedoch der Vorsitzende des Deutschen Nationalvereins, Rudolph von Bennigsen im Norddeutschen Parlament gegen diesen Kuhhandel interpellierte, ging ein Aufschrei durch die deutsche Öffentlichkeit. Bismarck nahm unter diesem Druck seine Einwilligung zurück. Unterdessen sorgte das Interesse des neutralen Belgiens am Großherzogtum ab April 1867 für zusätzliches Störfeld. Die Luxemburger Frage entwickelte sich zu einer gefährlichen machtpolitischen Situation. Um einen bevorstehenden europäischen Krieg zu vermeiden, wurde auf russische Initiative hin eine Konferenz der Garantiemächte der Trennung von 1839 in London einberufen. Der Vertrag vom 11. Mai 1867 deeskalierte (vorerst) den Konflikt und bekräftigte die Unabhängigkeit Luxemburgs. Das Abkommen garantierte die Rechte des Hauses Oranien-Nassau in Luxemburg, schrieb den Neutralitätsstatus fest und veranlasste den Abzug der preußischen Garnison sowie die Schleifung der Festung.

Die Luxemburger Gesellschaft blieb bei diesen turbulenten Entwicklungen erwartungsgemäß nicht unparteiisch und versuchte sich in den Diskurs um die Zukunft des Landes einzumischen. Dabei reagierte sie weit weniger einheitlich, wie man aus heutiger Sichtweise wohl annehmen würde. Zwar gab es deutlich hör- und lesbare patriotische

Pol Schock

Aus LuxLeaks wird eine Luxemburger Frage – ähnlich wie sie 150 Jahre zuvor gestellt wurde. Zu dieser Zeit rückte Luxemburg mitsamt seiner Bundesfestung als Zankapfel zwischen die Interessen der europäischen Großmächte.

Galt die Festung vor 1870 bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten noch als notwendige Voraussetzung zur Existenz Luxemburgs, wurde sie zum Sinnbild für Fremdherrschaft.

Unabhängigkeitsbekundungen und Michel Lentz' „Mir wëllen bléiwen wat mir sinn“ avancierte zum Volksschlager. Jedoch waren es gerade die politischen und wirtschaftlichen Eliten, die einem neutralen Luxemburg und einer Aufgabe der Festung mit Skepsis gegenüberstanden. Sie hegten Bedenken, ob Luxemburg ohne Garnison als unabhängiger Kleinstaat überlebensfähig sei und sahen die wirtschaftlichen Interessen des Landes gefährdet. Der damalige Staatsminister Victor de Tornaco warb insgeheim für eine Annexion zu Frankreich und musste aufgrund dessen, gegen Ende 1867, von seinem Amt zurücktreten.

Doch auch das städtische Bürgertum in Luxemburg zeigte sich über die Schleifung und den Abzug der Garnison nicht begeistert. Die 4000 preußischen Soldaten und Offiziere bildeten ein Viertel der damaligen Stadtbevölkerung und waren ein Grundpfeiler des Wirtschaftslebens und der Immobiliennutzung. Im *Luxemburger Wort* äußerte sich ein besorgter Bürger in einem Leserbrief am 3. Mai 1867: „Si la garnison quitte le Luxembourg, je ne sais pas ce que l'on fera.“ Tage zuvor hieß es: „So viel wir jetzt erkennen, haben Nachrichten der letzten Tage über die Luxemburger Frage unter dem größten Theile der Stadtbewohner eine große Entmuthigung und unverkennbare Mißmuth hervorgerufen. Der Verlust der Garnison in Folge der Neutralisierung, sowie eine etwaige Schleifung der Festung würde dem Handel und dem Eigenthum großen Schaden

bringen und dem Wohlstand der Stadt eine tödliche Wunde schlagen: so lautet das allgemeine Urtheil der Stadtbewohner, wovon manche eine Einverleibung in Frankreich vorgezogen hätte.“

Entgegen der pessimistischen Prognosen erwies sich die kostspielige Schleifung der Festung (Die Luxemburger mussten für den Großteil der Kosten selbst aufkommen) jedoch bereits wenig später als Glücksfall. 1870 führten die deutsch-französischen Spannungen zu einer kriegerischen Auseinandersetzung, bei der Luxemburg aufgrund seiner Neutralität außen vor blieb. Das Elend des Krieges unmittelbar vor der Haustür von dem die Zeitungen sowie die Hilfskomitees berichteten, verdeutlichte die Bedeutung der Neutralität und trieb die Schleifungsarbeiten an den Forts der Festung energisch voran. Vor diesem Hintergrund veränderte sich auch die Deutung der Festung. Galt sie vor 1870 bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten noch als notwendige Voraussetzung zur Existenz Luxemburgs, wurde sie zum Sinnbild für Fremdherrschaft.

Bei der Debatte über die Schleifung der Finanzfestung steht uns möglicherweise eine ähnliche Konstellation bevor. Doch bei der Beantwortung der Frage, welche Gesellschaftsschichten von der heutigen „Finanzfestung“ profitieren, sind die Soziologen und Ökonomen gefragt. Für Historiker gilt: Geschichte wiederholt sich nicht – es sei denn als Farce. ♦

